

Nr. **XIX. GP-NR**  
1613  
1995 -07- 12

/J

## ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Moser und Wabl, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft

### **betreffend Gesundheitsgefährdung durch Massentierhaltung; Krankheitsbild der sogenannten "Farmer-Lunge"**

Die österreichische Apotheker-Zeitung (49. Jahrgang Nr. 12 vom 6. Juni 1995, Seite 538f) berichtet, daß bei Kindern, die in der Nähe von Massentierhaltungs-Anlagen leben, auffallend häufig allergische Erkrankungen der Atemwege auftreten. Dies wurde in einer Studie der Ärztekammer Niedersachsen festgestellt. Als Ursache sehen die MedizinerInnen den schwebenden Staub der Anlagen mit Kotteilchen, Federmilben und Partikel von Futtermitteln.

Verglichen wurde knapp ein Jahr lang die Region Cloppenburg/Vechta in Süd-Oldenburg, eine Hochburg der agrarindustriellen Tierhaltung, mit dem Raum Braunschweig/Hannover/Verden. 100 KinderärztInnen und AllgemeinmedizinerInnen dokumentierten die jeweilige Häufigkeit von Behandlungen. Danach mußten Kinder bis acht Jahre in Süd-Oldenburg wegen asthmatischer Beschwerden doppelt so häufig zum Arzt, die kleinsten Kinder sogar viermal so oft.

Die Ärztekammer Niedersachsen hat aus diesen Fakten auf einen Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und Asthma geschlossen. Untermauert werden die bei den Kindern beobachteten Gefahren auch durch Krankheitsstatistiken bei den TierhalterInnen selbst. Diesbezüglich gehe man davon aus, daß Hühner- und SchweinezüchterInnen überdurchschnittlich oft an Erkrankungen der Atemwege leiden. In der Fachliteratur hat sich dafür bereits der Terminus "Farmer-Lunge" etabliert.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

### **ANFRAGE:**

1. Die InhaberInnen, MitarbeiterInnen und AnrainerInnen von Massentierhaltungsbetrieben haben offenbar ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Welche Schlußfolgerungen ziehen Sie als Landwirtschaftsminister hinsichtlich künftiger Förderungsprinzipien?
2. Treten Sie dafür ein, daß Massentierhaltungsbetriebe keinerlei Förderungen bekommen, es sei denn für die Umstellung zu ökologischen, gesundheits-, umwelt- und tiergerechten Betrieben?  
Wenn nein, wie rechtfertigen Sie dies im Lichte dieser Studie?

3. Werden Sie dafür eintreten, aus Gründen des Gesundheits-, Konsumenten-, Umwelt- und Tierschutzes, die leider im Vorjahr angehobenen Bestandsobergrenzen für die Massentierhaltung wieder herabzusetzen?  
Wenn nein, wie rechtfertigen Sie dies?  
Wenn ja, wann ist mit einer diesbezüglichen Initiative zu rechnen?
4. Derzeit läuft eine Initiative in Richtung Volksbegehren über ein Bundes-Tierschutzgesetz, das zu einer Abschaffung der Massentierhaltung führen soll. Wie stehen Sie als zuständiger Minister zu den Intentionen dieses Begehrens im Lichte der Studie der Ärztekammer Niedersachsen?
5. Welche Aufklärung erhalten LandwirtInnen bzw. MitarbeiterInnen von landwirtschaftlichen Betrieben hinsichtlich der Gesundheitsgefahren aus der Massentierhaltung? Werden Sie dafür Sorge tragen, daß sämtliche MitarbeiterInnen und AnrainerInnen verbindlich über die mögliche Gefahr einer Farmer-Lunge informiert werden?
4. Treten Sie dafür ein, daß die Verursacher von derartigen Krankheiten für die entstandenen Schäden aufkommen müssen?  
Wenn ja, welche legislativen Initiativen werden Sie setzen?  
Wenn nein, wie rechtfertigen Sie diesen Bruch mit dem Prinzip der Kostenwahrheit und der Verursachungsgerechtigkeit in einem marktwirtschaftlichen System?
5. Werden Sie mit den zuständigen Interessensvertretungen Beratungen aufnehmen, um einen besseren Schutz der MitarbeiterInnen und AnrainerInnen von Massentierhaltungsbetrieben sicherzustellen?
6. Wie stehen Sie persönlich zur Massentierhaltung und werden Sie sich für deren Abschaffung einsetzen?
7. In Österreich existieren nur relativ wenige große Massentierhaltungsbetriebe, insbesondere im Bereich der Eierfabriken, der Geflügelmastbetriebe und der Schweinemastbetriebe. Werden Sie umgehend veranlassen, daß die Atemluft in diesen Betrieben und im Umland im Hinblick auf mögliche Gesundheitsgefährdungen untersucht wird, und werden Sie diesbezüglich auf Regierungsebene einen Dialog mit dem Gesundheits- und Umweltressort suchen?  
Wenn nein, warum nicht?  
Wenn ja, welche Intentionen werden Sie in die Gespräche einbringen?